

Die Polizei wird bestätigen können, daß es in den vergangenen Jahren zu keinen Übergriffen im Zusammenhang mit den von meinen Mandanten betriebenen Bordellen gekommen ist.

Die besonderen Gesetze des Milieus sind allen bekannt.

Auch ich habe als Anwalt, der diese Mandanten bereits seit 15 bis 20 Jahren betreut, an vernünftigen Lösungen mitgearbeitet.

Die zuständigen Mitarbeiter der Stadt haben mir erklärt, daß sie kein Interesse daran haben, den Rotlichtbezirk, so wie er jetzt vorhanden ist, zu zerstören, sie wollen in die Lage versetzt werden, ihn zu kontrollieren und zu befrieden.

Es ist erkannt worden, daß seit geraumer Zeit verschiedene Interessenten Baulichkeiten in und um den Steintor erwerben wollen, so daß ein Verdrängungswettbewerb - sollte das gelingen - in Kürze vorherzusehen ist.

Wir dürften uns einig sein, daß eine vernünftige Kontrolle nur dann möglich ist, wenn man die Prostitution zentralisiert, die Prostitution in Wohnungen widerspricht eindeutig dieser Vorgabe und dürfte für die Polizei auf Dauer zu allergrößten Problemen führen, ebenso wie die Straßenprostitution, die immer mehr zunimmt und bereits jetzt ein kaum zu kontrollierendes Problem darstellt.

Nun zu dem hier vorrangig interessierenden und deshalb von mir anzusprechenden Thema, daß meine Mandanten, aber nicht nur diese sondern auch andere deutsche Bordellbetreiber, die von dem Kollegen [REDACTED], ehemaliger Oberstaatsanwalt in Hannover, vertreten werden; tangiert bzw. betrifft:

Es hat mit den zuständigen Polizeibeamten der SOKO Milieu in der Vergangenheit immer wieder Gespräche gegeben, weil die Beamten, gestützt auf verschiedene Entscheidungen deutscher Gerichte, die Auffassung vertreten, daß Prostituierte, die im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sind, aber die Auflage haben:

„selbständige Erwerbstätigkeit oder vergleichbare unselbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet“,

nicht berechtigt sind, in Deutschland der Prostitution nachzugehen.

Die Polizei hat jetzt zu erkennen gegeben, daß der von mir angestrebte Weg, gemeinsam eine ausländerrechtlich unbedenkliche Regelung zu finden, nicht mitgegangen werden kann, so daß die Bordellbetreiber gehalten sind, dafür zu sorgen, daß diese Prostituierten nicht länger in den Bordellen tätig sind.

Konsequenz für die von mir vertretenen Bordellbetreiber ist, daß sie dafür zu sorgen haben, die Thailänderinnen aus dem Bordell zu entfernen. Das bedeutet konkret im Fall [REDACTED] und im Fall [REDACTED] daß jeweils ein Bordell geschlossen werden muß, so daß auch die Wirtschaftler arbeitslos werden.

Die wirtschaftliche Konsequenz ist klar:

1.

Die Frauen fallen der Sozialhilfe zur Last, ebenso ihre Ehemänner.

2.
Die Wirtschaftler erhalten Arbeitslosengeld und fallen somit dem Staat ebenfalls zur Last.

3.
Die Frauen werden in eine Grauzone abgedrängt, sie werden, um sich und ihre Familien über Wasser zu halten in Wohnungen der Prostitution nachgehen, wobei Kontrollen, von vernünftigen Bürgern auf jeden Fall erwünscht, nicht mehr möglich sind und eine Gesundheitsgefahr für die Freier droht, da allein schon wegen der nicht erlaubten Tätigkeit keine der Frauen entsprechende Untersuchungen durchführen lassen wird.

Wenn man weiterhin berücksichtigt, daß aus Osteuropa unbestritten ein riesiger Zulauf herrscht - Erkenntnisse liegen bei der Polizei vor -, muß man befürchten, daß die gewünschte Kontrolle auf jeden Fall zur Expo nicht mehr möglich ist. Die hannoversche Presse hat bereits darüber berichtet und ausgeführt, man werde noch „sein blaues Wunder erleben“.

Diese Einschätzung kann ich nur teilen.

Hinzu kommt - und das wird bisher überhaupt nicht gesehen -, daß die Eigentümer von den erheblichen Mieteinnahmen der Häuser leben, die jedenfalls von den alteingesessenen Bordellbetreibern angesichts der nun eingeleiteten Maßnahmen nicht mehr erwirtschaftet werden können. Die Bordellbetreiber werden also die Häuser verlassen, die Eigentümer werden neu vermieten oder verkaufen; es bedarf keiner großen Phantasie, um herauszufinden, wer dann in das hannoversche Steintor-Milieu einzieht. Erkenntnisse liegen bei der Stadt meines Wissens schon vor. Damit ist dann endgültig der deutsche Bordellbetreiber vom Steintor vertrieben. Ich habe bereits im Jahre 1990 darauf hingewiesen, welche Gefahren drohen, wenn man gewachsene Strukturen zerschlägt.

Ich möchte als verantwortungsvoller Bürger und nicht zuletzt auch als Kenner der Szene mir nicht vorhalten lassen, mich nicht warnend zu Wort gemeldet zu haben. Ich überreiche für Sie Kopie meines Schreibens vom 05.02.1998 an die Polizeidirektion Hannover, SOKO-Milieu. Aufgrund dieses Schreibens ist ein modus vivendi gefunden worden, entsprechend den auch in anderen Städten praktizierten Lösungsvorschlägen.

Dabei darf man nicht vergessen, daß die ausländischen Prostituierten zum größten Teil bereits seit Jahren in den Bordellen arbeiten, ohne daß es zu Beanstandungen gekommen ist. Die zuletzt vom OLG Celle bestätigte Entscheidung des LG Hannover gibt nur die Rechtslage wieder, die bereits seit Jahren von verschiedenen Gerichten - entgegen anderer Rechtsprechung - vertreten wird.

Abschließend weise ich darauf hin, daß auch die hannoverschen Tageszeitungen an diesem Thema interessiert sind und eine Lösung unterstützen, die den status quo am Steintor erhält. Es besteht aus meiner Sicht dringender Handlungsbedarf. Wir sollten gemeinsam mit dem Ausländeramt eine Lösung erarbeiten, die die Möglichkeit einer kontrollierbaren Arbeit der Prostituierten im Steintorviertel gewährleistet, in dem man die in den Pässen vorgesehene Auflage für diese Einzelfälle revidiert. Es sind bereits verschiedene Lösungen angedacht worden, die am besten mit der Stadt zu erörtern sind.

Es ist allen Beteiligten gelungen, für Ruhe im Steintor zu sorgen, die sich aber sehr schnell als trügerisch erweisen kann, wenn - erneut - wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund treten und ein Verdrängungswettbewerb stattfindet, der mit Sicherheit nicht aufzuhalten ist, wenn die deutschen Betreiber ihre Bordellbetriebe aus wirtschaftlichen Gründen schließen müssen und die Eigentümer gehalten sind, sich auf andere Art und Weise schadlos zu halten. Ganz davon abgesehen fallen die Prostituierten und die sonstigen Angestellten der

Staatskasse zukünftig zur Last. Eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten ist damit ohnehin nicht gegeben.

Aus rationalen Erwägungen kann es für alle nur ein Interesse geben: Wir müssen gemeinsam die juristischen Probleme lösen. Ich stehe jederzeit zu Gesprächen zur Verfügung. Herr [REDACTED] hatte mir seinerzeit zugesagt, die auch ihn tangierenden Probleme intern zu besprechen. Er hat erklärt, daß das Stadtplanungsamt große Sorge hat, wenn die bestehenden Strukturen durchbrochen werden. Auch dort liegen Erkenntnisse über Kaufinteressenten für die einzelnen Gebäude vor.

Ich muß nicht besonders betonen, daß ich in den vergangenen Jahren meinen Teil dazu beigetragen habe, daß kein Konfrontationskurs gefahren sondern Kooperation gezeigt wird. Das werden auch die Mitarbeiter der SOKO-Milieu bestätigen, mit denen ich häufig Kontakt hatte. So soll es auch in Zukunft bleiben. Ich möchte allerdings erreichen, Konflikte, die ich befürchte und deren Ursache ich erläutern kann, zu vermeiden. Das kann jetzt noch gelingen, viel Zeit bleibt aber nicht.

Herr Rechtsanwalt [REDACTED] wird Gelegenheit nehmen, mit Herrn Polizeipräsidenten Klosa persönlich zu sprechen.

Wir liegen, wie ich meine, auf einer Linie.

Mit freundlichen Grüßen

v. Fromberg
Rechtsanwalt